



E-Mail an deine:deinen Innenminister:in

Hinweis zur Benutzung

Hinweis zur Benutzung Du kannst gerne unseren Entwurf einer E-Mail an die Innenminister:innen auf der folgenden Seite in dein E-Mailprogramm kopieren und den aufgeführten Betreff einfügen. Füge dann den Namen deiner:deines Innenministers:in sowie deinen eigenen Namen und dein Bundesland hinzu (**siehe rote Markierungen Seite zwei**).

Unterschreibe die E-Mail unbedingt mit deinem vollständigen Namen. Dies gibt der E-Mail mehr Gewicht als eine anonyme Nachricht.

Anregungen für eine persönliche E-Mail

Wenn du unseren Emailentwurf personalisieren möchtest oder eine eigene persönliche E-Mail formulieren willst, findest du hier einige Anregungen:

- Du kannst gerne im ersten Abschnitt etwas über dich erzählen. Das ist vor allem dann wichtig, wenn du zur Partei des:der Innenministers:in oder einer klassischen Wähler:innengruppe der Partei gehörst.
- Du kannst auch gerne anfügen, wenn du dich, z.B. im Sportverein, der Kirche, Schule, Altenhilfe, oder in anderen Vereinen oder Initiativen engagierst.
- Du kannst auch weitere Gründe aufzählen, warum du für ein AfD-Verbot bist. Auch dein persönlicher Bezug kann hilfreich sein. Noch mehr Argumente findest du hier: <https://afd-verbot.jetzt/de#arguments>.
- Du kannst auf Positionen des:der Innenministers:in Bezug nehmen und erläutern, weshalb ein Eintreten für ein AfD-Verbot für die Person konsequent wäre.

BITTE ALS ANREDE DEN NAMEN DES:DER INNENMINISTER:IN SOWIE DEN EIGENEN NAMEN UND DAS BUNDESLAND, AUS DEM DU KOMMST, EINFÜGEN UND DIESEN GROSSGESCHRIEBENEN SATZ DANN LÖSCHEN. DANKE!

Betreff: Setzen Sie sich jetzt für ein AfD-Verbotsverfahren ein!

Sehr geehrte:r [Name],

ich schreibe Ihnen aus **Bundesland XY**, um Sie zu bitten, dem Vorstoß des Bundeslands Bremen nachzukommen und sich für die schnelle Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens einzusetzen.

Die AfD ist keine Partei wie jede andere. Das muss spätestens nach der Einstufung durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ klar sein. Sie vergiftet das gesellschaftliche Klima in unserem Land: Straftaten gegen migrantisch gelesene, queere und politisch aktive Menschen nehmen zu. Dies zeigt auch eine jüngst vorgestellte Bilanz des Bundeskriminalamts und Bundesinnenministeriums. Danach steigt die Zahl rechts motivierter Straftaten um fast 50 Prozent zum Vorjahr an.

Die gesamte AfD mit ihrem "ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis" ist nicht "mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar", so das Gutachten des Verfassungsschutz. Viele sehen diese Hochstufung durch den Verfassungsschutz als entscheidenden Meilenstein für die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die AfD. Aus meiner Sicht bestätigt das nur, was schon lange klar ist. Zahlreiche renommierte Verfassungsrechtlerinnen und über 600 Jurist:innen attestieren einem Verbotsverfahren gegen die AfD gute Erfolgsaussichten. Daher fordere ich Sie auf: Kommen Sie Ihrer Verantwortung nach und schützen Sie Demokratie und Menschenwürde, indem Sie sich auf der Innenministerkonferenz für die zügige Einleitung eines Verbotsverfahrens einsetzen.

Die Einleitung eines Verbotsverfahrens steht zudem nicht im Widerspruch zu einer politischen Auseinandersetzung mit der AfD. Stattdessen sollte Verbotsverfahren und politisches Engagement gegen Rechts Hand in Hand gehen. Es ist weiterhin unerlässlich, den menschenfeindlichen Positionen der AfD entschlossen entgegenzutreten. Mit Blick auf die bisherige Entwicklung ist allerdings klar, dass wir uns auf den inhaltlichen Diskurs allein nicht verlassen dürfen. Keinesfalls wird die AfD zurückdrängt, indem ihre menschenverachtenden Positionen übernommen werden.

Die Lage ist ernst: Wir müssen jetzt alle Mittel der wehrhaften Demokratie nutzen, um die Menschenwürde zu verteidigen! Deshalb fordere ich Sie auf, aktiv zu werden, bevor es zu spät ist.

Mit freundlichen Grüßen

[NAME]